

Positionierung der SPD-Gemeinderatsfraktion zum Kita-Ausbau

1. Stadtteilbezogene Analyse statt pauschalen Ausbau-Stopp

Den von der Stadtverwaltung Mannheim vorgeschlagenen pauschalen Ausbau-Stopp aller neu vorgesehenen Kita-Ausbauprojekte sieht die SPD-Gemeinderatsfraktion kritisch. In den einzelnen Stadtteilen bestehen unterschiedliche Herausforderungen hinsichtlich der Betreuungssituation und der sozialen Rahmenbedingungen. Daher muss jeder Stadtteil gesondert betrachtet werden. Unterschiedliche Entwicklungen in den Quartieren erfordern differenzierte Lösungen vor Ort, anstatt pauschaler Streichungen. In den neuen Wohnquartieren wie Franklin, Spinelli und anderen wachsenden oder kinderreichen Stadtteilen muss der Ausbau konsequent fortgeführt werden. Eine rein finanztechnische Betrachtung des Ausbauprogramms lehnen wir ab; es handelt sich vielmehr um eine zukunftsorientierte gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

2. Transparenz der prognostizierten Bedarfskriterien

Wir fordern die Verwaltung auf, dem Jugendhilfeausschuss und dem Gemeinderat die zugrunde gelegten Berechnungskriterien und Bedarfsprognosen für jeden einzelnen Stadtteil gesondert vorzulegen sowie diese in den zuständigen Gremien zu analysieren und zu diskutieren. Die Stadtverwaltung muss ihre stadtteilbezogenen Bedarfsanalysen, Kriterien und Planungsentscheidungen nachvollziehbar und transparent darstellen.

3. Bildungsgerechtigkeit und frühkindliche Bildung priorisieren

Bildungsgerechtigkeit bleibt ein zentrales strategisches Ziel der Stadt Mannheim. Insbesondere in den Sozialräumen 4 und 5 gilt es, faire Bildungschancen bereits in der frühkindlichen Bildung zu gewährleisten. Jedes Mannheimer Kind benötigt Zugang zu einem Kita-Platz. Daher sind geplante Kita-Ausbauprojekte in diesen Stadtteilen prioritär zu behandeln.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion fordert, die geplanten Kita-Projekte in den Sozialräumen 4 und 5 gesondert zu betrachten und zu prüfen, welchen Beitrag sie zur Steigerung der Betreuungsquote leisten können.

4. Aus Erfahrungen lernen – Reserveflächen für zukünftigen Ausbau sichern

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Bedarfsprognosen nicht dauerhaft verlässlich sind. Deshalb braucht es flexible und anpassungsfähige Planungen. Im Jugendhilfeausschuss soll regelmäßig über aktuelle, mittelfristige und langfristige Prognosen berichtet werden, damit auf veränderte Bedarfe frühzeitig reagiert werden kann.

Die Stadt Mannheim muss weiterhin geeignete Flächen für zukünftige Kita-Standorte und Erweiterungsbedarfe vorhalten. Dem Jugendhilfeausschuss und dem Gemeinderat ist darzulegen, wie mit den bislang vorgesehenen Kita-Ausbauflächen umgegangen werden soll. Da sich Prognosen verändern können, muss die Stadt außerdem erläutern, welche Flächen auch künftig als Reserveflächen für einen möglichen Ausbau freigehalten werden. Die Handlungsfähigkeit für nachfolgende Generationen muss bereits heute gesichert werden.

5. Eltern und Fachkräfte stärker einbeziehen

Die Perspektiven von Elternbeiräten, den einzelnen Kita-Trägern und deren Beschäftigten sind für eine realistische Bedarfsplanung unverzichtbar. Die SPD-Gemeinderatsfraktion fordert die Verwaltung auf, Elternbeiräte und Kita-Träger frühzeitig in ihre Planungen einzubeziehen.

6. Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausbauen

Nicht nur die Anzahl der Kita-Plätze ist entscheidend. Familien benötigen bedarfsgerechte Angebote, insbesondere mit Blick auf die Öffnungszeiten. Ganztagsplätze sollten weiterhin den Schwerpunkt des Angebots bilden. Daher hält der Gemeinderat am Ausbau von Ganztagsplätzen fest, um frühkindliche Bildungschancen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen.

7. Qualität der Betreuung sichern

Auch bei veränderten Bedarfen darf es keine Abstriche bei der pädagogischen Qualität, der Personalausstattung und der Inklusion geben. Kleinere Gruppengrößen in den Kitas können zugleich Chancen eröffnen. Die veränderte Planung bietet zudem Möglichkeiten

für eine gezieltere Förderung von Kindern in Einrichtungen in Quartieren mit besonderen Herausforderungen. Hierbei können auch Kindertagespflegepersonen in die Ü3-Betreuung einbezogen werden.

Mannheim, Juni 2026

SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim | Rathaus E5 | 68159 Mannheim

Telefon: 0621/293-2090 | Web: spdmannheim.de | E-Mail: spd@mannheim.de